

03.3339

Interpellation Berberat Didier. Industrie- und Regionalpolitik. Kohärenz

Eingereichter Text 19.06.03

Das Seco hat eine Expertenkommission beauftragt, einen ersten Bericht über die Grundlagen der künftigen Regionalpolitik zu erstellen. Dieser Bericht ist jetzt publiziert, allerdings nur in Deutsch, was in einem mehrsprachigen Land zumindest bedauerlich ist.

Das Seco erarbeitet im Moment einen neuen Bericht, der – wahrscheinlich im ersten Halbjahr 2004 – in die Vernehmlassung geht. Der Expertenbericht ist sehr problematisch, insbesondere für die Industriegebiete und die Bergregionen. Es stellen sich Fragen in drei Bereichen:

1. Fragen zum Wert des Berichtes;
2. Fragen zum Inhalt des Berichtes;
3. Fragen zur Regionalpolitik des Bundes.

1. Fragen zum Wert des Berichtes

Ich frage den Bundesrat zunächst:

a. Welchen Wert hat dieser Bericht angesichts seiner materiellen Lücken, welche im Folgenden dargelegt werden?

b. Welche Rolle spielt er bei der Erarbeitung des Berichtes des Seco, der Gegenstand eines Vernehmlassungsverfahrens sein wird?

2. Fragen zum Inhalt des Berichtes

Die Analyse der aktuellen Lage ist sehr summarisch und stützt sich mehr auf ideologische als auf wissenschaftliche Kriterien.

Die Regionalpolitik, wie die Expertenkommission sie sieht, räumt dem Unternehmer und der Unternehmerin sowie dem Unternehmensgeist eine wesentliche Bedeutung ein. Die Regionalpolitik sollte die Initiativen und Impulse «von unten» fördern, so weit diese Initiativen der Randregionen mit den Agglomerationen in Verbindung stehen. (Damit siedelt sie sich zwischen der «France d'en bas»-Politik der Regierung Raffarin und der Politik der Regierung Thatcher in Grossbritannien in den Achtzigerjahren an.)

Der Bericht anerkennt auch, dass staatliche Interventionen wichtig sind, um für die Kader attraktive Bedingungen zu schaffen: «Staatliche Leistungen in Bezug auf die Schaffung notwendiger Standortvoraussetzungen für hochwertige Unternehmensfunktionen und die Attraktivität für Kader werden wichtiger» (Expertenbericht, S. 21).

Die neue Regionalpolitik muss sich am Wachstum orientieren und nicht am Ausgleich. Ihr Ziel muss die Schaffung von günstigen Bedingungen für das Wachstum sein. Andererseits nimmt der Expertenbericht ohne mit der Wimper zu zucken die Studie der Crédit Suisse über das Wachstumspotenzial der Regionen wieder auf, von der man zumindest sagen kann, dass auch sie mehr auf ideologischen als auf wissenschaftlichen Hypothesen beruht.

Der Expertenbericht fügt hinzu – und dies ist das Schlimmste – dass die Kreditvergabepolitik der Banken je nach Region unterschiedlich ist: «Ausserdem orientiert sich die Kreditvergabepraxis von Finanzinstituten verstärkt an Ratings wie oben dargestellt. Die Finanzierung eines Projektes im rechten oberen Quadranten dürfte unter ungleich günstigeren Voraussetzungen möglich sein als für ein vergleichbares Projekt im unteren linken Quadranten. Das heisst, die Gewinner von heute sind sehr wahrscheinlich die Gewinner von morgen und können kaum einholbare Vorsprünge realisieren. Diese Feststellung gilt dann, wenn das Rating von Unternehmen von Standort-Rating abhängig gemacht wird und deshalb kein Unternehmen einer bestimmten Region ein höheres Rating erzielen kann als die betreffende Region selbst. Die Beurteilung der kantonalen Disparitäten findet auf diese Weise Eingang in die Entscheidungen privater Institutionen und wird dadurch realwirtschaftlich wirksam» (Expertenbericht, S. 30, 31).

03.3339

Interpellation Berberat Didier. Politique industrielle et nouvelle politique régionale. Cohérence

Texte déposé 19.06.03

Le SECO a mandaté un groupe d'experts en vue de rédiger un premier rapport portant sur les bases de la future politique régionale. Celui-ci a maintenant été publié, par ailleurs seulement en allemand, ce qui est pour le moins regrettable dans un pays plurilingue.

Le SECO élaborera maintenant un nouveau rapport, qui fera l'objet d'une procédure de consultation, probablement lors du premier semestre 2004.

Le rapport du groupe d'experts est très problématique, notamment pour les régions industrielles et les régions de montagne. Il pose donc des questions de trois ordres:

1. des questions sur la valeur de ce rapport;
2. des questions sur le contenu de ce rapport;
3. des questions sur la politique régionale de la Confédération.

1. Questions relatives à la valeur de ce rapport:

Je pose donc tout d'abord au Conseil fédéral les deux questions suivantes:

a. Compte tenu des lacunes d'ordre matériel dont souffre ce rapport, et qui seront développées aux paragraphes suivants, quelle est la valeur de ce rapport?

b. Quel rôle jouera-t-il dans l'élaboration du rapport du SECO, qui fera l'objet d'une procédure de consultation?

2. Questions relatives au contenu de ce rapport:

L'analyse de la situation actuelle est très sommaire, et est davantage marquée par des critères idéologiques que scientifiques.

La politique régionale proposée par le groupe d'experts accorde une importance centrale à «l'entrepreneur» et à l'esprit d'entreprise. Elle devrait soutenir les initiatives et les impulsions «d'en bas», pour autant que ces initiatives des régions périphériques soient en relation avec des agglomérations. (Elle se situe donc à mi chemin entre les raffarinades et la politique du gouvernement Thatcher au Royaume-Uni dans les années quatre-vingt.)

Elle reconnaît aussi l'importance des interventions de l'Etat en vue de créer des conditions-cadres attractives: «Staatliche Leistungen in Bezug auf die Schaffung notwendiger Standortvoraussetzungen für hochwertige Unternehmensfunktionen und die Attraktivität für Kader werden wichtiger» (rapport des experts, p. 21).

La nouvelle politique régionale doit être orientée sur la croissance, et non la péréquation. Elle doit avoir pour but de créer les conditions favorables à la croissance. D'un autre côté, le rapport d'experts reprend sans sourciller l'étude des potentiels des régions réalisée par le Crédit suisse, dont le moins que l'on puisse dire est qu'elle repose aussi sur des hypothèses plus idéologiques que scientifiques. Le rapport d'experts admet encore, ce qui est plus grave, que les banques pratiquent une politique de crédit différente selon les régions:

«Ausserdem orientiert sich die Kreditvergabepraxis von Finanzinstituten verstärkt an Ratings wie oben dargestellt. Die Finanzierung eines Projektes im rechten oberen Quadranten dürfte unter ungleich günstigeren Voraussetzungen möglich sein als für ein vergleichbares Projekt im unteren linken Quadranten. Das heisst, die Gewinner von heute sind sehr wahrscheinlich die Gewinner von morgen und können kaum einholbare Vorsprünge realisieren. Diese Feststellung gilt dann, wenn das Rating von Unternehmen von Standortrating abhängig gemacht wird und deshalb kein Unternehmen einer bestimmten Region ein höheres Rating erzielen kann als die betreffende Region selbst. Die Beurteilung der kantonalen Disparitäten findet auf diese Weise Eingang in die Entscheidungen privater Institutionen und wird dadurch

Mit anderen Worten: Der Expertenbericht hält es für normal, dass Unternehmen nur die Kreditbedingungen erhalten, die ihrer Region entsprechen. Er stellt Instrumente wie etwa den Bonny-Beschluss infrage, weil diese die Konkurrenz verfälschen würden.

Deshalb frage ich den Bundesrat:

a. Glaubt er noch an eine autonome Entwicklung der Industriegebiete, insbesondere des Jurabogens, dessen Industrie stark auf den Export ausgerichtet ist und sich deshalb mit globalem Wettbewerb konfrontiert sieht?

b. Muss man aus dem Bericht ableiten, dass die dynamischen Unternehmer und Unternehmerinnen in diesen Regionen nicht in ein Schema passen und dass es deshalb normal ist, dass die Banken sie mit ihrer Kreditvergabepolitik bestrafen?

c. Muss man die diskriminierende Kreditvergabepolitik der Banken nicht als Verzerrung der Wettbewerbes bezeichnen?

d. Verschiedene Studien weisen nach, dass die Kreditvergabepolitik der Grossbanken gegenüber KMU besonders restriktiv gewesen ist. Mit welchen Massnahmen will der Bundesrat diese Situation, welche das Wachstum hemmt, korrigieren?

e. Die Studie der Crédit Suisse betont die besondere Wichtigkeit der steuerlichen Bedingungen für die Attraktivität der Kantone. Der Expertenbericht fügt hinzu, dass der Steuerwettbewerb sich noch verstärken wird. Bekanntlich wird das Argument des Steuerwettbewerbes andererseits herangezogen, um Steuersenkungen zu rechtfertigen, welche die Einkünfte der Gemeinwesen schmälern. Mit welchen Instrumenten kann der Finanzausgleich die unterschiedliche Steuerbelastung in den Kantonen korrigieren – Unterschiede, welche zunehmend wirtschaftliche Ungleichheiten zur Folge haben?

f. Der Bericht weist den Zentren eine fundamentale Rolle zu. Schon die aktuelle Regionalpolitik und die Raumplanungspolitik gehen aus von der Hierarchie der Zentren. Insofern sagt hier der Bericht nichts Neues. Dennoch: Mit «Zentren» meint der Bericht vor allem Zürich und in einem gewissen Mass noch Basel und Genf. Ist daraus zu schliessen, dass die anderen Zentren nicht zählen?

g. Grenzen die Vorschläge der Expertenkommission, insbesondere für die Industrie- und Exportgebiete, nicht an eine politisch korrekte Form des sozioökonomischen Darwinismus, in dem sich die verschiedenen Regionen konkurrenzieren und in Wettbewerb mit ausländischen Regionen treten können, dabei aber aller für sie notwendigen Instrumente beraubt werden?

3. Fragen zur Regionalpolitik des Bundes

Die kantonale Wirtschaftsförderungspolitik und der Bonny-Beschluss sowie dessen Nachfolgebeschlüsse werden sehr infrage gestellt. Insbesondere für den Jurabogen sind dies aber lebenswichtige Instrumente. Dank ihnen konnte diese Region nach den Krisen der Siebziger- und Achtzigerjahre wieder eine lebensfähige Wirtschaftsstruktur aufbauen. Andererseits hat sich gezeigt, dass die Industrie- und Exportgebiete am meisten unter dem starken Franken leiden.

Deshalb frage ich:

a. Ist der Bundesrat immer noch der Ansicht, dass die Regionalpolitik Sache des Bundes ist?

b. Hält der Bundesrat die gezielte Unterstützung der Randregionen weiterhin für notwendig und ist er bereit, sie auch in Zukunft weiter zu führen?

c. Hält der Bundesrat die Unterstützung der Infrastruktur zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung auch in Zukunft für notwendig?

d. Betrachtet es der Bundesrat – im Rahmen einer Politik des nationalen Zusammenhalts – weiterhin als Aufgabe des Bundes, dass das gesamte Land mit einer qualitativ genügenden Grundinfrastruktur ausgestattet ist?

Mitunterzeichner

Baumann Stephanie, Bruderer Pascale, Cavalli Franco, Chappuis Liliane, Chevrier Maurice, Cuhe Fernand, de Dardel Jean-Nils, Dormond Béguelin Marlyse, Fässler-Osterwal-

realwirtschaftlich wirksam» (rapport des experts, p. 30, 31). En d'autres termes, le rapport d'experts estime normal que les entreprises ne peuvent obtenir des conditions de crédit équivalentes suivant les régions, tout en dénonçant les instruments de type Arrêté Bonny, qui fausseraient, selon lui, la concurrence.

Ces considérations soulèvent les questions suivantes que je pose donc au Conseil fédéral:

a. Le Conseil fédéral croit-il encore à un développement autonome des régions industrielles, en particulier de l'Arc jurassien, qui dispose d'une industrie largement axée sur l'exportation, et donc soumise à la concurrence mondiale?

b. Faut-il déduire du rapport que des entrepreneurs dynamiques situés dans ces régions ne rentrent simplement pas dans le moule, et qu'il est normal que les banques les pénalisent dans leur politique d'octroi de crédit?

c. Une politique discriminatoire d'octroi de crédit de la part des banques n'est-elle pas à considérer comme une distorsion de la concurrence?

d. Différentes études montrent que les grandes banques ont eu une politique de crédit particulièrement restrictive vis-à-vis des PME. Quelles mesures le Conseil fédéral entend-il prendre pour corriger cette situation qui freine la croissance?

e. L'étude du Crédit suisse accorde une importance particulière aux conditions fiscales, dans l'évaluation de l'attractivité des cantons. En outre, le rapport d'experts admet que la concurrence fiscale va s'intensifier. Comme on sait, d'autre part, que l'argument de la concurrence fiscale est invoqué pour justifier des baisses d'impôts qui diminuent les revenus des collectivités, avec quels moyens la péréquation financière permettra réellement de corriger les inégalités fiscales entre cantons, inégalités qui engendreront des disparités économiques croissantes?

f. Le rapport attribue un rôle fondamental aux «centres». Dans la mesure où la politique régionale actuelle, ainsi que la politique d'aménagement du territoire sont déjà basées sur la notion d'une hiérarchie de centres, il n'y aurait là rien de nouveau. Toutefois, les centres auquel il est fait allusion sont avant tout Zurich, et dans une certaine mesure Bâle et Genève. Faut-il en déduire que les autres centres ne comptent pas?

g. En résumé, les propositions du groupe d'experts ne se limitent-elles pas à une forme politiquement correcte de darwinisme socioéconomique, où l'on laisserait les différentes régions se faire concurrence, et entrer en concurrence avec des régions étrangères, tout en les privant des instruments les plus nécessaires, en particulier pour les régions industrielles et exportatrices?

3. Questions sur la politique régionale de la Confédération:

Les politiques cantonales de promotion économique et l'Arrêté Bonny, et ses successeurs, sont fortement contestés. Pour l'Arc jurassien, notamment, ces instruments sont d'une importance vitale, et ont permis à cette région de reconstituer une structure économique viable, après les crises des années septante et quatre-vingt. D'un autre côté, il s'est avéré que les régions industrielles et exportatrices sont les plus pénalisées par le niveau du franc suisse.

Ceci m'amène à poser les questions suivantes:

a. Le Conseil fédéral est-il toujours de l'avis que la politique régionale est de la responsabilité de la Confédération?

b. Le Conseil fédéral continue-t-il à considérer que des aides ciblées en faveur des régions industrielles périphériques restent nécessaires, et est-il disposé à les maintenir aussi à l'avenir?

c. Le Conseil fédéral estime-t-il toujours que le soutien aux infrastructures de développement est encore nécessaire à l'avenir?

d. Dans le cadre d'une politique nationale de cohésion, le Conseil fédéral considère-t-il toujours que la dotation de l'ensemble du pays en infrastructures de base de qualité suffisante fait toujours partie des tâches de la Confédération?

der Hildegard, Fehr Hans-Jürg, Fehr Jacqueline, Fehr Mario, Garbani Valérie, Goll Christine, Gross Jost, Günter Paul, Haering Barbara, Hofmann Urs, Hubmann Vreni, Janiak Claude, Jossen-Zinsstag Peter, Jutzet Erwin, Lachat François, Leuenberger Ueli, Maillard Pierre-Yves, Mariétan Fernand, Marti Werner, Marty Kälin Barbara, Maury Pasquier Liliane, Menétrey-Savary Anne-Catherine, Müller-Hemmi Vreni, Pedrina Fabio, Rechsteiner Paul, Rechsteiner Rudolf, Rennwald Jean-Claude, Robbiani Meinrado, Rossini Stéphane, Salvi Pierre, Scheurer Rémy, Schwaab Jean Jacques, Spielmann Jean, Strahm Rudolf, Stump Doris, Thanei Anita, Tillmanns Pierre, Vermot-Mangold Ruth-Gaby, Vollmer Peter, Widmer Hans, Wyss Ursula, Zisyadis Josef (50)

Antwort des Bundesrates 03.09.03

Der Bundesrat anerkennt die besonderen Standortbedürfnisse der Industrieregionen, insbesondere des Jurabogens. Er ist sich auch des in diesen Räumen verfügbaren technologischen Know-how z. B. in den Bereichen Mikrotechnik, Elektronik und Maschinenbau bewusst. Der Bundesrat ist deshalb gewillt, im Rahmen der Neuorientierung der Regionalpolitik den Bedürfnissen der Industrieregionen Rechnung zu tragen.

Zu den gestellten Fragen äussert sich der Bundesrat wie folgt:

1. Fragen zum Wert des Berichtes

a. Der von der Expertenkommission «Überprüfung und Neukonzeption der Regionalpolitik» am 6. Februar 2003 vorgelegte Schlussbericht «Neue Regionalpolitik» hat den Stellenwert eines normalen Expertenberichtes. Im Hinblick auf eine breite Debatte wurde die Öffentlichkeitsarbeit in einem sehr frühen Stadium eingeleitet.

b. Seitens des Bundesrates ist dem EVD der Auftrag erteilt worden, eine Vernehmlassungsvorlage über ein Gesetz über regionalpolitische Massnahmen auszuarbeiten. Es wird damit insbesondere auch Postulaten aus den eidgenössischen Räten nachgekommen (u. a. Postulat WAK-NR (00.075) 01.3003, Regionalpolitik. Behebung der bestehenden Mängel und bessere Koordination der verschiedenen Instrumente; Postulat WAK-SR 01.3017, Neue strategische Ausrichtung der Regionalpolitik). Die Vernehmlassung soll im ersten Semester 2004 eröffnet werden.

Zur Ausarbeitung dieses Vernehmlassungsberichtes stellt der Bericht der Expertenkommission sicher eine wichtige Grundlage dar. Dazu sollen jedoch noch weitere Dokumente herangezogen werden. So z. B. Positionspapiere zur Neuen Regionalpolitik der Regierungskonferenz der Gebirgskantone, der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für das Berggebiet und der Konferenz der Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer der Schweizer Bergregionen. Dazu gehören auch die Ergebnisse der bisher durchgeführten Anlässe im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit.

2. Fragen zum Inhalt des Berichtes

a. Die Neuorientierung der Regionalpolitik ist keine Absage an die weitere Förderung des Berggebietes und insbesondere der darin eingeschlossenen Industrieregionen. Vielmehr soll sie aus folgenden Überlegungen auch diesen Regionen grossen Nutzen bringen:

– Die Neugestaltung des Finanzausgleiches und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (NFA) wird einen wesentlichen Beitrag zum Disparitätenabbau leisten. Dies erlaubt es, die Regionalpolitik vermehrt darauf auszurichten, die Regionen bei der Nutzung von Entwicklungspotenzialen zu unterstützen. Der Aufbau von Wertschöpfungssystemen und Clustern soll ein zentrales Element der zukünftigen regionalpolitischen Strategie darstellen. In Anbetracht des grossen technologischen Know-how und der bereits weit gediehenen branchenmässigen Spezialisierung des Jurabogens kommt diesem Raum ein solcher Ansatz zweifellos entgegen.

– Infrastrukturelle Vorhaben sollen weiterhin unterstützt werden können, wenn sie in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der Nutzung von Entwicklungspotenzialen stehen.

– Der Förderung unternehmerischen Handelns und der Bildung eines innovativen Milieus soll durch die zukünftige Re-

Cosignataires

Baumann Stephanie, Bruderer Pascale, Cavalli Franco, Chappuis Liliane, Chevrier Maurice, Cuhe Fernand, de Dar-del Jean-Nils, Dormond Béguelin Marlyse, Fässler-Osterwalder Hildegard, Fehr Hans-Jürg, Fehr Jacqueline, Fehr Mario, Garbani Valérie, Goll Christine, Gross Jost, Günter Paul, Haering Barbara, Hofmann Urs, Hubmann Vreni, Janiak Claude, Jossen-Zinsstag Peter, Jutzet Erwin, Lachat François, Leuenberger Ueli, Maillard Pierre-Yves, Mariétan Fernand, Marti Werner, Marty Kälin Barbara, Maury Pasquier Liliane, Menétrey-Savary Anne-Catherine, Müller-Hemmi Vreni, Pedrina Fabio, Rechsteiner Paul, Rechsteiner Rudolf, Rennwald Jean-Claude, Robbiani Meinrado, Rossini Stéphane, Salvi Pierre, Scheurer Rémy, Schwaab Jean Jacques, Spielmann Jean, Strahm Rudolf, Stump Doris, Thanei Anita, Tillmanns Pierre, Vermot-Mangold Ruth-Gaby, Vollmer Peter, Widmer Hans, Wyss Ursula, Zisyadis Josef (50)

Réponse du Conseil fédéral 03.09.03

Le Conseil fédéral reconnaît que les régions industrielles, parmi lesquelles l'Arc jurassien, ont des besoins spécifiques. Il est également conscient du savoir-faire technologique développé dans ces régions, en particulier dans les domaines de la microtechnique, de l'électronique et des machines-outils. C'est la raison pour laquelle il entend tenir compte de leurs besoins dans le cadre de la nouvelle orientation donnée à la politique régionale.

Quant aux diverses questions soulevées, le Conseil fédéral se prononce comme suit:

1. Questions relatives à la valeur du rapport d'experts:

a. Le rapport final présenté le 6 février 2003 par la commission d'experts chargée du réexamen et de la nouvelle conception de la politique régionale a la valeur habituelle d'un rapport d'experts. Le travail d'information a été entamé très tôt afin de permettre un large débat.

b. Le DFE a demandé l'élaboration d'un projet de consultation concernant une loi sur les mesures de politique régionale. Ce faisant, il a également tenu largement compte des postulats des Chambres fédérales (entre autres: postulat CER-CN (00.075) 01.3003, Politique régionale. Combler les lacunes actuelles et meilleure coordination des différents instruments, et postulat CER-CE 01.3017, Revoir les orientations stratégiques en matière de politique régionale). La procédure de consultation débutera au cours du premier semestre 2004.

Il est indéniable que le rapport d'experts est une source importante du rapport de consultation, mais elle n'est pas la seule: d'autres documents seront eux aussi pris en considération, par exemple les documents présentant les positions de la Conférence gouvernementale des cantons alpins, Groupement suisse pour les régions de montagne et de la Conférence des secrétaires des régions de montagne suisses, sans oublier les résultats des manifestations réalisées jusqu'à présent dans le cadre du travail d'information de l'opinion publique.

2. Questions relatives au contenu du rapport d'experts:

a. La nouvelle orientation donnée à la politique régionale ne signifie pas la fin du soutien apporté aux régions de montagne et à leurs régions industrielles. Au contraire, elle doit, compte tenu des réflexions qui suivent, servir aussi leurs intérêts:

– La réforme de la péréquation financière et de la répartition des tâches (RPT) entre la Confédération et les cantons contribuera fortement à atténuer les disparités. De ce fait, la politique régionale permettra de mieux soutenir les régions cherchant à développer leur potentiel. La mise en place de systèmes générateurs de valeur ajoutée et de pôles régionaux («clusters») sera un des éléments centraux de la future politique régionale. Il ne fait pas de doute que cette nouvelle approche profitera à l'Arc jurassien, vu son savoir-faire technologique et sa forte spécialisation.

– Le développement d'infrastructures continuera à être soutenu si ces dernières contribuent très directement à mettre en valeur des potentiels de développement.

gionalpolitik ebenfalls ein grosser Stellenwert beigemessen werden. Dies kann sich auf die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft der betreffenden Regionen im nationalen und internationalen Kontext positiv auswirken.

b. Die Grossbanken, gefolgt von den Kantonalbanken und den weiteren Banken, haben neue Ratingsysteme eingeführt, welche neben der individuellen Situation der Unternehmen auch branchenspezifischen und regionalen Aspekten Rechnung tragen. Diese Ratingsysteme basieren auf den effektiven Unternehmensergebnissen in den verschiedenen Bereichen und stellen so gesehen keine Diskriminierung dar, selbst dann, wenn man davon ausgeht, dass diese Mechanismen das Risiko in sich tragen, die Markttendenzen zu verstärken.

c. Die Berücksichtigung der bereichsspezifischen Risiken folgt einem rationalen Ansatz und wird durch die auf internationalem Niveau bestehenden Tendenzen bei der Banküberwachung (Basel II) noch verstärkt. Es ist deshalb nicht möglich, dies als eine Wettbewerbsverzerrung zu betrachten.

d. Die Kreditpolitik der Grossbanken der letzten Jahre ist gekennzeichnet durch einen Rückgang des Kreditvolumens bei allen Unternehmenskategorien. Wie es der Bericht des Bundesrates vom 2. Juli 2003 betreffend die Überprüfung und Stärkung des gewerblichen Bürgschaftswesens aufzeigt, bleibt der Anteil der beiden Grossbanken jedoch beträchtlich, zumal die Unternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten noch rund 40 Prozent des Volumens umfassen. Auch wenn die Kreditvolumina der Kantonalbanken zugenommen haben, überstieg ihr Marktanteil für den gesamten Bereich der KMU erst in den letzten Monaten jenen der Grossbanken. Der Rückgang der Betriebskredite widerspiegelt zum Grossteil die konjunkturelle Entwicklung. Die bei den Grossbanken feststellbare stärkere Abnahme ist vor allem damit zu erklären, dass sie weniger Hypothekarkredite und stattdessen mehr Kredite gewähren, welche stärker auf Geschäftsschwankungen reagieren.

Der Bundesrat ist der Auffassung, dass der Bund nicht Aufgaben des Bankensystems übernehmen soll. Wie der Bericht betreffend die Überprüfung und Stärkung des gewerblichen Bürgschaftswesens zeigt, setzt er mehr auf alternative Massnahmen. Das EVD arbeitet zurzeit in verschiedenen Bereichen, welche die Unternehmensgründung und -finanzierung betreffen. Es handelt sich insbesondere um die Revision des Bundesgesetzes über die Risikokapitalgesellschaften zur Steigerung der fiskalischen Anreize für private Investoren, um die Optimierung des gewerblichen Bürgschaftswesens mit dem Ziel, die Wirksamkeit dieses Instrumentes zu verbessern, und um den Ausbau des Start-up-Engagements der Kommission für Technologie und Innovation (Initiative CTI Start-up) zur Erhöhung der Start- und Überlebenschancen von Neugründungen.

e. Die Expertengruppe hat sich tatsächlich auf eine Bankstudie abgestützt, welche den steuerlichen Aspekten sehr grosse Bedeutung beimisst. Diese werden auch weiterhin eine gewisse Rolle spielen. Die NFA strebt an, die Disparitäten abzubauen und den entwicklungsschwachen Kantonen, welche im Allgemeinen eine recht hohe Steuerbelastung aufweisen, wesentlich mehr freie Mittel zur Verfügung zu stellen als bisher. Eine solche Massnahme bringt den peripheren Regionen zweifellos eine spürbare Verbesserung.

f. Die der Neuen Regionalpolitik zugrunde gelegte Zentrenhierarchie entspricht dem in den Grundzügen der Raumordnung Schweiz verankerten Konzept des vernetzten Städtesystems. Dabei ist nicht von der Hand zu weisen, dass auf der internationalen Stufe die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Schweiz ganz wesentlich durch die Zentren Zürich, Basel und Genf bestimmt wird. Der Expertenbericht macht aber auch klar, dass die mittleren und kleineren Städte dank der Vernetzung mit den grossen Zentren in die Lage versetzt werden sollten, Entwicklungsimpulse aufzunehmen und eigenständig umzusetzen.

g. Der Bundesrat trägt mit der Neuen Regionalpolitik der Tatsache Rechnung, dass sich im Zuge der Globalisierung der

– La politique régionale mettra également l'accent sur l'encouragement de l'esprit d'entreprise et de la création d'un milieu innovateur, ce qui devrait favoriser la compétitivité des régions concernées par rapport à la concurrence nationale et internationale.

b. Les grandes banques, suivies par les banques cantonales et les autres banques, ont introduit des nouveaux systèmes d'appréciation des risques qui, à côté des performances individuelles des entreprises, tiennent compte d'éléments comme la branche d'activité ou la région. Cette appréciation des risques se base sur les résultats effectifs enregistrés dans ces différentes catégories et ne constitue pas à ce titre une discrimination, même si on peut envisager que ces mécanismes risquent de renforcer les tendances du marché.

c. La prise en compte des risques catégoriels obéit à une approche rationnelle et sera encore renforcée par les tendances introduites au niveau international dans la surveillance des activités bancaires (Bâle II). Il n'est donc pas possible de considérer cela comme une distorsion de la concurrence.

d. La politique de crédit des grandes banques ces dernières années se caractérise par un recul des fonds prêtés dans toutes les catégories d'entreprises. Comme l'expose le rapport du Conseil fédéral du 2 juillet 2003 sur le réexamen et le renforcement du cautionnement des arts et métiers, la part des deux grandes banques reste considérable puisqu'elle atteint près de 40 pour cent pour les entreprises en dessous de dix employés. Bien que les banques cantonales aient vu le volume de leurs crédits progresser, ce n'est que ces derniers mois que leur part de marché pour l'ensemble des PME a dépassé celle des grandes banques. Le recul des crédits à l'économie est le reflet en grande partie de l'évolution conjoncturelle. La baisse plus forte enregistrée au niveau des grandes banques s'explique notamment parce que ces instituts accordent moins de crédits hypothécaires et davantage de crédits dont la nature est beaucoup plus sensible à la variation du volume d'activité. Le Conseil fédéral considère que la Confédération ne peut pas se substituer au système bancaire et table sur le renforcement d'alternative, notamment au niveau des fonds propres comme l'expose le rapport sur le cautionnement. Le DFE travaille actuellement sur différentes mesures concernant la création et le financement d'entreprises. Il s'agit notamment de la révision de la loi fédérale sur les sociétés de capital-risque afin de rendre ce mode de financement plus attrayant, de l'optimisation du cautionnement des arts et métiers afin de rendre les instruments plus efficaces ainsi que de l'intensification de l'engagement de la Commission pour la technologie et l'innovation (initiative CTI Start-up) en faveur des nouvelles entreprises, afin d'augmenter leurs chances de démarrage et de survie.

e. Le groupe d'experts s'est en effet appuyé sur une analyse bancaire qui accorde une importance très grande aux éléments fiscaux. Ceux-ci continueront de jouer un certain rôle. La nouvelle politique de péréquation mise en place vise à corriger les déséquilibres et mettra à disposition des cantons plus faiblement développés, qui se caractérisent généralement par un relativement haut niveau de pression fiscale, des moyens libres nettement plus importants que dans le système actuel. Une telle mesure représente à n'en pas douter une amélioration importante pour les régions périphériques.

f. En ce qui concerne la hiérarchisation des centres dans la nouvelle politique régionale, force est de constater qu'elle correspond au concept de mise en réseau des villes présenté dans les grandes lignes de l'organisation du territoire suisse. A cet égard, il est indéniable que les grands centres tels Zurich, Bâle et Genève contribuent pour une large part à l'attrait de la place économique suisse au plan international. Néanmoins, le rapport d'experts insiste aussi sur la nécessité de permettre aux villes de petite et moyenne importance de profiter des impulsions provenant des grands centres et de les mettre en valeur à leur profit.

g. Le Conseil fédéral entend tenir compte, dans sa nouvelle politique régionale, du fait que la mondialisation a fortement accru la concurrence entre places économiques, à l'échelle

Standortwettbewerb massiv verstärkt hat. Dies betrifft den Wirtschaftsstandort Schweiz als Ganzes, aber auch die Konkurrenz zwischen den schweizerischen Regionen. Die Disparitäten verstärkten sich in den letzten Jahren erneut, vor allem zwischen den wirtschaftlich starken Agglomerationen und dem Berggebiet bzw. ländlichen Raum. Dazu kommt, dass die schweizerische Volkswirtschaft seit rund einem Jahrzehnt an einer anhaltenden Wachstumsschwäche und einer stagnierenden Produktivitätsentwicklung leidet. Schliesslich sind noch die zunehmenden Finanzprobleme der öffentlichen Hand zu erwähnen.

Das bisherige regionalpolitische Instrumentarium vermag auf diese Herausforderungen kaum mehr adäquate Antworten zu geben.

Hier setzt denn auch die Neue Regionalpolitik an: Anstelle der Umverteilungspolitik soll Anreizpolitik treten. Im Sinne des effizienten Einsatzes der knappen Mittel sollen die Randgebiete über spezifische Massnahmen (z. B. Förderung von Entrepreneurship, Schaffung einer unternehmerfreundlichen Atmosphäre, Förderung von Kooperationen, Wissenstransfer) vermehrt zur Nutzung ihrer Wachstumspotentiale und zum Aufbau von Wertschöpfungssystemen angeregt werden. Auf diese Weise sollen wettbewerbsfähige Arbeitsplätze geschaffen werden. Den Regionen des ländlichen Raumes und des Berggebietes (inklusive Industrieregionen) sollen demnach neue, bedarfsgerechtere Förderinstrumente zur Verfügung stehen.

3. Fragen zur Regionalpolitik des Bundes

a. Die verschiedenen Pfeiler des zukünftigen regionalpolitischen Instrumentariums sollen in einem «Bundesgesetz über regionalpolitische Massnahmen» geregelt werden.

Eine Möglichkeit zur Finanzierung von regionalpolitischen Mehrjahresprogrammen wäre die Festlegung eines Rahmenkredites des Bundes. Mit diesen Mitteln könnten innovationsorientierte Programme auf der Ebene von Kantonen und überkantonalen Kooperationseinheiten ermöglicht werden. Darin einzubinden wäre auch die Stärkung der horizontalen Zusammenarbeit in Form von regionalpolitischen Pilotaktionen, die von mehreren Bundesämtern zusammen unternommen werden, z. B. Landwirtschaft, Berufsbildung und Regionalpolitik.

Ein allfälliger regionalpolitischer Rahmenkredit könnte mit einem ersten Mehrjahresprogramm voraussichtlich im Jahre 2007 dem Parlament vorgelegt werden. Dabei ist dem vom Parlament erteilten Sparauftrag, dem aktuellen Entlastungsprogramm 2003, das seine Wirkung ab 2004 entfaltet, die notwendige Beachtung zu schenken. Ebenfalls zu berücksichtigen ist die NFA, welche zukünftig die Regionalpolitik von der Umverteilungsaufgabe entlasten soll.

Im Weiteren soll die Schaffung einer Berggebietsstiftung geprüft werden. Diese Stiftung würde alimentiert durch den Investitionshilfefonds des Bundes (rund 1,3 Milliarden Franken) und durch zusätzliche Leistungen der nutzniesenden Kantone.

Dies alles sind Belege dafür, dass der Bundesrat der Regionalpolitik weiterhin einen hohen Stellenwert beimisst und diese als eine seiner Aufgaben betrachtet. Richtig ist aber auch, dass im Rahmen des dezentralisierten Vollzuges der Neuen Regionalpolitik von den Kantonen in Zukunft ein noch stärkeres Engagement erwartet wird.

b. Die Neue Regionalpolitik soll darauf ausgerichtet werden, die Effizienz der Bestrebungen des Bundes langfristig zu verbessern. Sie beabsichtigt nicht, die Unterstützung an diese oder jene Region aufzugeben. In dem Mass, wie es die wirtschaftliche Situation der peripheren Industrieregionen erfordert, sollen spezifische Instrumente bereit gestellt werden. Dies erfordert eine viel stärkere Kooperation unter den betroffenen Kantonen und mit dem Bund.

c. Infrastrukturelle Massnahmen sollen bei der Neuorientierung der Regionalpolitik zwar nicht mehr im Vordergrund stehen. Die finanzielle Unterstützung von wichtigen Infrastrukturvorhaben soll weiterhin möglich sein, wenn diese in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der In-

ationale comme à l'échelle internationale. Les disparités se sont à nouveau accentuées ces dernières années, avant tout, d'une part, entre les grands centres économiques et, d'autre part, les régions de montagne et les zones rurales. De plus, l'économie suisse traverse depuis une décennie une phase de stagnation prolongée et souffre du faible développement de sa productivité. S'ajoutent à cela les problèmes de financement accrus que rencontrent les pouvoirs publics.

Les moyens d'intervention existants n'étaient plus à même de répondre de manière adéquate à ces défis. C'est là que la nouvelle politique régionale prend toute son importance: il s'agit en effet de passer désormais d'une politique de redistribution à une politique d'incitation. Afin d'utiliser de manière efficace les ressources limitées à disposition, les régions périphériques doivent, par le biais de mesures spécifiques (p. ex. encouragement de l'esprit d'entreprise, création d'un environnement favorable, encouragement de coopérations et de transferts de connaissances), être incitées à exploiter davantage leur potentiel de développement et à mettre en place des systèmes générateurs de valeur ajoutée. Les nouveaux instruments d'encouragement, plus appropriés, qui seront mis à disposition des zones rurales et des régions de montagne (y compris de leurs régions industrielles) permettront ainsi de créer des places de travail compétitives.

3. Questions sur la politique régionale de la Confédération:

a. Les différents instruments de la future politique régionale seront définis dans une «loi fédérale sur les mesures de politique régionale».

Il serait possible de financer des programmes pluriannuels de politique régionale par le biais d'un crédit-cadre fédéral. Des programmes innovateurs pourraient ainsi voir le jour au niveau des cantons et des organes de coopération supracantonales. Il conviendrait d'y lier également le renforcement de la collaboration horizontale sous la forme de projets pilotes de politique régionale réalisés de concert par plusieurs offices fédéraux (p. ex. ceux en charge de l'agriculture, de la formation professionnelle ou encore de la politique régionale). Un éventuel crédit-cadre pour la politique régionale pourrait vraisemblablement être présenté au Parlement en 2007 en même temps qu'un premier programme pluriannuel. A ce propos, il convient de tenir compte des efforts d'économie décidés par le Parlement dans le cadre du programme d'allègement budgétaire 2003, qui déploiera ses premiers effets à partir de 2004, ainsi que de prendre en considération la RPT, sur laquelle seront reportées les tâches de redistribution actuellement dévolues à la politique régionale.

Par ailleurs, il est prévu d'examiner la création d'une fondation pour les régions de montagne, qui serait financée par le fonds d'aide aux investissements de la Confédération (s'élevant à quelque 1,3 milliard de francs) et par des prestations complémentaires fournies par les cantons bénéficiaires.

Ces efforts montrent que le Conseil fédéral considère que la politique régionale est de son ressort et qu'il continue de lui accorder beaucoup d'importance. Il est toutefois aussi vrai que la mise en oeuvre décentralisée de la nouvelle politique régionale demandera un engagement accru de la part des cantons.

b. La mise en place d'une nouvelle politique régionale vise à améliorer l'efficacité à long terme des efforts de la Confédération et n'est pas motivée par l'abandon du soutien à telle ou telle région du pays. Dans la mesure où la situation économique des régions industrielles périphériques le nécessite, des instruments spécifiques seront mis en oeuvre, action qui implique une collaboration plus étroite des cantons concernés entre eux et avec la Confédération.

c. Même si la nouvelle orientation de la politique régionale ne prévoit plus d'accorder la priorité aux mesures d'ordre infrastructurel, elle continuera à soutenir des projets d'infrastructures importants mettant très directement en valeur des potentiels de développement régionaux ou suprarégionaux.

d. L'entrée en vigueur de la RPT sera synonyme, pour les cantons, de rentrées financières suffisantes pour assurer la qualité des infrastructures de base au niveau communal. En

wertsetzung eines regionalen oder sogar überregionalen Entwicklungspotentials stehen.

d. Mit dem Inkrafttreten der NFA sollten den Kantonen ausreichend Finanzmittel zur Verfügung stehen, um in den Gemeinden eine qualitativ ausreichende infrastrukturelle Grundausstattung sicherzustellen. Dazu kommt, dass vereinzelte Sektoralbereiche, wie z. B. die landwirtschaftlichen Strukturverbesserungen, weiterhin zu den Verbundaufgaben zählen werden. Die Neue Regionalpolitik kann sich somit vermehrt auf die Steigerung der regionalen Wertschöpfung und Wettbewerbsfähigkeit ausrichten.

outre, certaines tâches sectorielles, comme l'amélioration structurelle de l'agriculture, continueront à être assumées à la fois par les cantons et la Confédération. De ce fait, la nouvelle politique régionale pourra mieux se concentrer sur la création de valeur ajoutée dans les régions et l'amélioration de leur capacité concurrentielle.